FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

1
2019

Nah dran

Das Magazin aus der FW-Landtagsfraktion

Mit uns blüht Bayern auf!

Was wir für den Arten- und Umweltschutz tun wollen

UNSER EINSATZ
Neue Stiftung für effektive Hilfe bei Wohnungslosigkeit

UNSER ERFOLG
Gründerpaket für freiberufliche Hebammen

UNSER ZIEL
Duale Berufsausbildung und Meisterbrief stärken

Hubert Aiwanger, MdL
Stellvertretender Ministerpräsident, Staatsminister im Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Manfred Eibl, MdL
Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, Sprecher für Wirtschaft, Landesentwicklung und Medien, verkehrspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Technologie

Susann Enders, MdL
Sprecherin für Soziales, Familie und Kinder, gesundheitspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Dr. Hubert Faltermeier, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, Sprecher für Wissenschaft und Hochschule, Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Hans Friedl, MdL
Sprecher für Wohnen und Bauen, verbraucherschutzpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Thorsten Glauber, MdL
Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Tobias Gotthardt, MdL
Vorsitzender im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, jugendpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Bildung und Kultus, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, Sprecherin für Ehrenamt

Joachim Hanisch, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, kommunalpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Johann Häusler, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Arbeit und Senioren, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Dr. Leopold Herz, MdL
Vorsitzender im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Alexander Hold, MdL
Landtagsvizepräsident, Sprecher für Asyl und Integration, Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Nikolaus Kraus, MdL
Sprecher für Jagd und Forsten, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Rainer Ludwig, MdL
Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Technologie

Dr. Fabian Mehring, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer, Entwicklungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Staatsminister für Bildung und Kultus

Gerald Pittner, MdL
Finanz- und steuerpolitischer Sprecher, Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Bernhard Pohl, MdL
Haushaltspolitischer Sprecher, verteidigungspolitischer Sprecher für Fragen der Bundeswehr, Sprecher für Heimatvertriebene, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Kerstin Radler, MdL
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kulturpolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Gabi Schmidt, MdL
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, bildungspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Anna Stolz, MdL
Staatssekretärin im Kultusministerium

Florian Streibl, MdL
Fraktionsvorsitzender, religionspolitischer Sprecher

Roland Weigert, MdL
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

Jutta Widmann, MdL
Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Benno Zierer, MdL
Umweltpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Mit uns blüht Bayern auf!

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern und die FREIEN WÄHLER – das ist eine Erfolgsgeschichte. Als wir 2008 erstmals in den Bayerischen Landtag eingezogen sind – kommunalpolitisch erprobt, jedoch parlamentarisch unerfahren –, hätten wir uns nicht träumen lassen, zehn Jahre später den Freistaat mitzuregieren. Was mit Leidenschaft und Gestaltungswillen begann, führte zu konstruktiver parlamentarischer Arbeit und schließlich zu der Bereitschaft, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Motor für unser Handeln als Regierungsfraktion bleibt, was uns in der Kommunalpolitik schon immer ausgezeichnet hat: Politik mit Vernunft und Augenmaß, ohne Phantastereien oder parteipolitische Egoismen, dafür aber mit dem festen Ziel im Blick, das Beste für Bayern zu erreichen. Und das bedeutet für uns: starke Familien, leistungsfähige Kommunen, eine florierende Wirtschaft, eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung, hervorragende (Aus-)Bildungsmöglichkeiten und eine nachhaltige Umweltpolitik. Die Weichen dazu haben wir mit dem Koalitionsvertrag gestellt.

Und bereits jetzt, also nur wenige Monate nach Regierungsbildung, können wir erste Erfolge verbuchen: Damit eine flächendeckende Geburtshilfe im Freistaat sichergestellt wird, werden freiberufliche Hebammen künftig mit einem Gründerpaket unterstützt. Um die duale Berufsausbildung und die Bedeutung des Meisterbriefs zu stärken, haben wir den Meisterbonus auf 2.000 Euro erhöht. Und um dem Ärztemangel langfristig entgegenzuwirken, schaffen wir zweitausend zusätzliche Medizinstudienplätze.

Außerdem wollen wir, dass der wunderbare Artenreichtum Bayerns erhalten bleibt. Dazu haben wir ein umfangreiches ökologisches Maßnahmenpaket geschnürt. Wir entwickeln ein neues Naturschutzgesetz mit vielen begleitenden Verordnungen. Außerdem wollen wir eine Umweltstiftung gründen, die sich aus den Strafzahlungen der Autoindustrie speisen soll. Und wir bringen die dezentrale Energiewende mit Wertschöpfung vor Ort in Schwung. Unsere Klausurtagung in Straubing gleich zu Beginn des Jahres stand deshalb ganz im Zeichen des Umwelt- und Klimaschutzes: Beim Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing haben wir uns über alternative Energieträger informiert – und im BMW Group-Werk in Dingolfing über die elektrische Zukunft der Automobilindustrie.

Schon in der Opposition haben wir gezeigt, dass wir wissen, wie wir Ideen Wirklichkeit werden lassen. Manches gelingt sofort, manches dauert, manches Ziel erreicht man nur auf Umwegen – wichtig ist aber, dass die Richtung stimmt. Und dass die Richtung bei uns stimmt – davon können Sie sich auf den nächsten Seiten selbst überzeugen!

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr

Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender

Schulterblick

06 Winterklausur in Straubing
Die grüne Zukunft Bayerns im Blick

08 Neujahrsempfang
Mit viel Schwung in die neue Legislaturperiode

10 Produktköniginnen im Landtag
Repräsentation trifft Emanzipation

11 Ehrung
Dr. Karl Vetter erhält Verfassungsmedaille in Silber

Schwerpunkt

12 MIT UNS BLÜHT BAYERN AUF
Was wir für den Umwelt- und Artenschutz tun wollen

14 VERFASSUNGSÄNDERUNG
Klimaschutz soll Schutzgut werden

15 NEUES NATURSCHUTZGESETZ
Artenschutz zum Wohl von Bienen und Bauern

16 NEUE UMWELTSTIFTUNG GEPLANT
Wie die Autoindustrie beim Naturschutz helfen könnte

17 EH DA-FLÄCHEN
Wo noch viel ökologisches Potenzial schlummert

12

Schwerpunkt Umwelt- und Artenschutz

Spektrum

21 **WOHNUNGSLOSIGKEIT**
Obdachlose in ihrer Notlage nicht allein lassen

22 **WOHNORTNAHE APOTHEKEN**
Kein Online-Versand von verschreibungspflichtigen Medikamenten

23 **GEBURTSHILFE**
Gründerpaket unterstützt freiberufliche Hebammen

24 **GRUNDSCHULE**
Einschulungskorridor für „Kann-Kinder“

25 **ABITUR AUF DER ÜBERHOLSPUR**
Neues Konzept für das neue G9

26 **FACHKRÄFTEMANGEL I**
Wie wir die duale Berufsausbildung stärken wollen

27 **FACHKRÄFTEMANGEL II**
Gut integrierte Asylbewerber müssen eine Chance bekommen

Nahaufnahme

18 Aus dem Ministerium
Neuer Schwung für die Energiewende

20 5 Fragen an …
Tobias Gotthardt zur Zukunft Europas

28 Abgeordnete im Porträt
Hans Friedl und Kerstin Radler

23 Zahl des Quartals

30 Meinung
„Nie wieder“ bedeutet auch „nie wieder vergessen“

31 Die letzte Seite
Kurz berichtet, Was sonst noch los war

23

Gründerpaket für Hebammen

26

Stärkung der dualen Berufsausbildung

Die grüne Zukunft Bayerns im Blick

Umweltschutz, Bildung und Wirtschaft: Das waren die drei Schwerpunktthemen unserer Winterklausur in Straubing. Inhaltlich war die Tagung damit auf die drei Ministerien abgestimmt, die wir FREIEN WÄHLER seit der Regierungsbildung von der CSU übernommen haben. Intensiv beschäftigt haben wir uns auch mit der Schonung unserer Ressourcen und der Förderung erneuerbarer Energien – und damit mit einigen der drängendsten Aufgaben unserer Zeit.

Die dreitägigen Beratungen in Straubing waren für uns FREIE WÄHLER gleich aus mehreren Gründen bedeutsam. Die Winterklausur war unser erstes Treffen, seit wir in Bayern mitregieren und unsere Fraktion auf 27 Abgeordnete angewachsen ist. Zudem war die Klausurtagung für uns eine gute Gelegenheit, mit Vertretern unserer Staatsministerien wichtige Zukunftsentscheidungen für den Freistaat zu beraten.

Handlungsbedarf sehen wir aktuell bei der dualen Berufsausbildung. Zwar gibt es im Freistaat viele unbesetzte Lehrstellen, gleichzeitig aber viele junge Arbeitslose. Eine der Ursachen sehen wir im Stellenwert der Ausbildungsberufe: In der öffentlichen Wahrnehmung schneiden sie in aller Regel schlechter ab als Studienabschlüsse. Das wird den vielfältigen Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die mit einem qualifizierten Berufsabschluss einhergehen, nicht gerecht. Deshalb wollen wir die Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Bildung deutlich aufwerten – in engerer Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und dem Wirtschaftsministerium.

> Erneuerbare Energien und dezentrale Strukturen sollen eine nachhaltige Versorgungssicherheit im Freistaat gewährleisten. Besonderes Augenmerk wollen wir in den kommenden Monaten deshalb auf die lokale Energiewende legen.

Mit Sorge blicken wir auch auf einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands und Bayerns: die Automobilindustrie. Der schwere Imageschaden wegen Abgasmanipulationen, die Diskussion um Stickoxid-Grenzwerte und das Damoklesschwert amerikanischer Strafzölle belasten die Branche stark. Bei

Im BMW Group-Werk in Dingolfing informierten sich unsere Abgeordneten über die Zukunft der Automobilindustrie.

Im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (KoNaRo) in Straubing standen Anwendungsmöglichkeiten nicht fossiler Rohstoffe und deren Rolle bei der Energiewende auf dem Programm.

einem Besuch des BMW Group-Werks in Dingolfing haben wir mit Vertretern des Autobauers über die Zukunft der Branche diskutiert. Klar ist: Wir FREIEN WÄHLER wollen deutlich mehr Autos mit alternativen Antrieben auf die Straße bringen. Doch dazu müssen Innovationen – insbesondere auch im Bereich der E-Mobilität – deutlich stärker gefördert werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, den Ausbau der Ladeinfrastruktur im gesamten Freistaat zügig voranzutreiben. Damit sichern wir nicht nur die Zukunft der Autoindustrie, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Die Umwelt schützen können wir auch mit der gezielten Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen. Bei einem Besuch des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe (KoNaRo) in Straubing haben wir uns über die Anwendungsmöglichkeiten nicht fossiler Rohstoffe und deren Rolle bei der Energiewende informiert. Wir FREIEN WÄHLER sind überzeugt: Die Rohstoffwende ist der zentrale Hebel, um in Zukunft nachhaltiger zu wirtschaften und die Umwelt zu schonen. Nur wenn wir die vorhandenen Ressourcen anders und vor allem effizienter einsetzen, können wir unsere Lebensgrundlage dauerhaft erhalten.

Der Besuch hat außerdem bestätigt, was wir FREIEN WÄHLER seit Jahren fordern: Erneuerbare Energien und dezentrale Strukturen sollen eine nachhaltige Versorgungssicherheit im Freistaat gewährleisten. Besonderes Augenmerk wollen wir in den kommenden Monaten deshalb auf die lokale Energiewende legen. Indem wir Energieimporte aus dem Ausland oder dem Norden Deutschlands durch lokale Produkte ersetzen, technische Innovationen befördern und Dienstleistungen vor Ort erbringen, wird Wertschöpfung in die Region verlagert und die Akzeptanz von erneuerbaren Energien erhöht.

Die Klausurtagung war für uns eine gute Gelegenheit, mit Vertretern unserer Staatsministerien wichtige Zukunftsentscheidungen für den Freistaat zu beraten.

Mit viel Schwung in die neue Legislaturperiode

Mit unserem traditionellen Neujahrsempfang sind wir FREIEN WÄHLER in das Jahr 2019 gestartet. Mehr als 650 Gäste konnte unsere Fraktion bei der Veranstaltung im Maximilianeum begrüßen. Das war ein neuer Besucherrekord – und für uns eine gute Gelegenheit, unsere Ziele für das neue Jahr vorzustellen.

Als Gäste durften wir Vertreter der Verbände und Gewerkschaften, der Medien, der Wirtschaft und des Ehrenamts begrüßen. Zu ihnen sprachen der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger sowie die Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt Eva Gottstein. Auch unser Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring und der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl richteten Grußworte an die Besucher, unter denen sich auch die Europaabgeordnete Ulrike Müller sowie zahlreiche Landräte befanden. Gemeinsam blickten sie auf das politische Jahr zurück und gaben einen Ausblick darauf, was wir FREIEN WÄHLER uns für die noch junge Legislaturperiode vorgenommen haben.

Durch unsere Regierungsbeteiligung haben wir für breite Bevölkerungskreise bereits viel bewegen können: Die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung, die Entlastung der Bürger von den Straßenausbaubeiträgen und die Einstellung von mehr Lehrern und Polizisten sind ein riesiger Erfolg für uns. Auch weitere Vereinbarungen des Koalitionsvertrags haben wir bereits eingelöst: Mit der An-

In unserer neuen Rolle als Teil der Staatsregierung wollen wir den Freistaat tragen, stützen sowie schützen und ihn auf allen politischen Ebenen zukunftsfähig machen.

Mehr als 650 Gäste konnten wir bei unserem traditionellen Neujahrsempfang im Maximilianeum begrüßen.

hebung des Meisterbonus schaffen wir einen zusätzlichen Anreiz für die duale Berufsausbildung und mit unserem Gründerpaket für freiberufliche Hebammen leisten wir einen wichtigen Beitrag für die flächendeckende Hebammenversorgung im Freistaat.

Auf unseren Lorbeeren ausruhen wollen wir uns allerdings nicht, denn auch im Jahr 2019 steht Bayern vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel wird spürbarer, die globalen Beziehungen brüchiger und auch die Europäische Union ist ins Wanken geraten. Wir haben uns deshalb vorgenommen, Bayerns Rolle im Herzen Europas zu stärken und den Klimaschutz voranzutreiben. Wir brauchen eine echte Kehrtwende in der Klimapolitik – mit klaren Signalen und ohne weitere Verzögerungen! Auch der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk sowie die zügige Digitalisierung des bayerischen Bildungssystems sind Themen, die wir auf unsere Agenda gesetzt haben.

Eine weitere Botschaft unseres Neujahrsempfangs: Das Ehrenamt in Bayern braucht mehr Anerkennung! Denn was im Ehrenamt geleistet wird, kann mit Geld nicht aufgewogen werden. Viele Initiativen, Vereine und Projekte in Bayern fußen auf dem freiwilligen Engagement von rund fünf Millionen Menschen in Bayern. Das ist fast die Hälfte der Bevölkerung über 14 Jahre. Wir rechnen es diesen Menschen hoch an, dass sie sich trotz zunehmender Bürokratisierung und gestiegener Datenschutzanforderungen nicht von ihrem Ehrenamt abbringen lassen – und so am Fortbestand dieser tragenden Säule unserer Gesellschaft mitwirken.

Für die kommenden fünf Jahre haben wir uns viel vorgenommen. In unserer neuen Rolle als Teil der Staatsregierung wollen wir den Freistaat tragen, stützen sowie schützen und ihn auf allen politischen Ebenen zukunftsfähig machen. Wir sind deshalb froh, mit 27 Abgeordneten über eine schlagfertige Truppe im Landtag zu verfügen und mit über 200 Bürgermeistern und Landräten im Freistaat viele Unterstützer an der politischen Basis zu wissen. In diesem Sinne: Es gibt viel zu tun, wir packen an!

Bayern stehen die Majestäten gut zu Gesicht: Jede Region und jedes Produkt verkauft sich besser, wenn eine Werbefigur dahintersteht, die sympathisch und charmant, aber natürlich auch kompetent und überzeugend ist.

Repräsentation trifft Emanzipation

Bayern hat zwar keinen König mehr, dafür aber jede Menge Königinnen – für Hopfen, Honig oder Karpfen. Einmal im Jahr treffen die Produktköniginnen im Maximilianeum aufeinander: beim frauenpolitischen Empfang der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Produktköniginnen werben mit großem Erfolg für bayerische Produkte. So gibt es eine Spargelkönigin, eine Zuckerrübenkönigin und eine Kartoffelkönigin. Doch nicht nur über das Reich der Gemüsebauern wacht eine Monarchin. Fast alle Anbauverbände wählen eine Königin und geben ihrem Produkt so ein Gesicht. Junge Frauen herrschen deshalb über Äpfel, Kartoffeln, Gurken und Meerrettiche; im Landkreis Ansbach residiert sogar eine Krautkönigin.

Gerade für den Agrarstandort Bayern sind diese Königinnen wichtige Markenbotschafterinnen.

Gerade für den Agrarstandort Bayern sind diese Königinnen wichtige Markenbotschafterinnen. Zahlreichen Volksfesten, Jubiläumsfeiern in Brauereien oder Messen verleihen sie royalen Glanz. Und selbst im Ausland repräsentieren sie bayerische Produkte: Ihr Amt führte etwa die Bayerische Bierkönigin schon bis nach Japan, zum Oktoberfest in Fukuoka. Bayern stehen diese gekrönten und in kunstvolle Dirndl gekleideten Oberhäupter jedenfalls gut zu Gesicht: Jede Region und jedes Produkt verkauft sich besser, wenn eine Werbefigur dahintersteht, die sympathisch und charmant, aber natürlich auch kompetent und überzeugend ist.

Bei unserer jährlichen Zusammenkunft im Landtag geht es aber um weit mehr als um die Vermarktung bayerischer Erzeugnisse. Ehemalige und amtierende Produktköniginnen berichten auf dem Podium von Erfahrungen in ihrer Amtszeit und tauschen sich mit den aktuellen Majestäten über ihr Ehrenamt aus. Für uns FREIE WÄHLER ist der Empfang eine gute Gelegenheit, mit den jungen Frauen über ihr Rollenverständnis und Fragen der Gleichberechtigung ins Gespräch zu kommen.

Außerdem wollen wir das zeitaufwändige ehrenamtliche Engagement der königlichen Markenbotschafterinnen würdigen: Schließlich nehmen sie bis zu 150 Termine im Jahr wahr – meist neben einem Vollzeitjob oder einer Ausbildung –, um das Bild Bayerns weit über dessen Grenzen hinaus zu prägen. Dafür sagen wir: Vergelt's Gott, Majestät!

Dr. Karl Vetter erhält Verfassungsmedaille in Silber

Während seiner aktiven Jahre als FREIE WÄHLER Abgeordneter im Bayerischen Landtag war er ein unverzichtbarer Ratgeber in gesundheitspolitischen Belangen: Jetzt ist Dr. Karl Vetter für sein jahrzehntelanges politisches Engagement mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet worden.

Bei der feierlichen Ehrung im Maximilianeum in München betonte die Landtagspräsidentin Ilse Aigner, dass die Verfassungsmedaille Ausdruck großer Wertschätzung sei. Die Medaille wird seit 1961 jährlich verliehen und hat mittlerweile den Rang eines Ordens. Gewürdigt werden mit ihr Menschen, die sich in besonderer Weise für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und für die Werte der bayerischen Verfassung einsetzen.

Mit der Verfassungsmedaille in Silber ist Dr. Karl Vetter für sein anhaltendes politisches Engagement ausgezeichnet worden. Vetter ist seit über zwanzig Jahren für die FREIEN WÄHLER in der Kommunalpolitik aktiv und hat als Stadt- sowie Kreisrat im oberpfälzischen Landkreis Cham viel für die Menschen vor Ort bewegen können. Von 2008 bis 2018 war er für die FREIEN WÄHLER Abgeordneter im Bayerischen Landtag, wo er in verschiedenen Führungsfunktionen stets zu den Leistungsträgern der Fraktion zählte.

> In all seinen politisch aktiven Jahren hat ihn die Fraktion als menschlich überaus angenehmen, hochkompetenten und, falls nötig, kritischen Kopf kennengelernt.

Aufgrund seines beruflichen Hintergrunds als Orthopäde war Vetter während seiner Abgeordnetentätigkeit ein wichtiger Impuls- und Ratgeber für die Gesundheitspolitik unserer Fraktion. So gehörte er dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege sowie dem Landesgesundheitsrat und dem Landessportbeirat an. Wichtige Verbesserungen für Patienten, etwa die Hausarztverträge, sind klar sein Verdienst.

In all seinen politisch aktiven Jahren hat ihn die Fraktion als menschlich überaus angenehmen, hochkompetenten und, falls nötig, kritischen Kopf kennengelernt. Auch als stellvertretender Vorsitzender hat er unserer Fraktion wichtige Impulse für die parlamentarische Arbeit gegeben. Als er 2018 entschied, nicht nochmals für das Landtagsmandat zu kandidieren, haben wir das als großen Verlust für die Fraktion empfunden – fachlich, aber auch persönlich. Für sein Engagement danken wir ihm sehr herzlich.

Vetter nahm die Auszeichnung von Landtagspräsidentin Ilse Aigner entgegen.

Mit uns blüht Bayern auf!

Was wir für den Arten- und Umweltschutz tun wollen

Jahrelang war es nicht viel mehr als ein ungutes Gefühl: Gab es früher nicht weitaus mehr Schmetterlinge, Fliegen, Hummeln, Käfer und auch Mücken? Seit einer Studie aus dem Jahr 2017 wissen wir, dass die Wahrnehmung, dass sich etwas verändert hat in der Welt der Krabbler und Schwirrer, richtig ist: In weiten Teilen Deutschlands, auch in Bayern, hat die Zahl der Insekten tatsächlich drastisch abgenommen – um bis zu 75 Prozent. Höchste Zeit also, zu handeln.

Die wunderbare Artenvielfalt Bayerns ist akut bedroht – und mit ihr unsere einzigartige, von Wildblumenwiesen, Mischwäldern und Ackerbauflächen geprägte Naturlandschaft. Denn das Fehlen von Bestäuberinsekten führt zum Schwund von Nutz- und Wildpflanzen. Auch kleinere Wirbeltiere wie Vögel, Fledermäuse, Spitzmäuse und andere Tierarten sind vom Rückgang der Insektenpopulation betroffen – schließlich sind sie auf Mücken und Käfer als Nahrungsgrundlage angewiesen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb handeln und schnüren ein umfangreiches ökologisches Maßnahmenpaket, mit dem wir gegen den Schwund der Arten vorgehen: Wir wollen den Klimaschutz endlich in der bayerischen Verfassung verankern, wir erarbeiten in Zusammenarbeit mit dem von uns FREIEN WÄHLERN geführten Umweltministerium ein neues Naturschutzgesetz und wir wollen eine Landesstiftung für Umwelt- und Klimaschutz sowie Artenvielfalt gründen. Mit Einzelmaßnahmen wie der Verpflichtung, Gewässer-Randstreifen aus der extensiven Bewirtschaftung herauszunehmen, und der ökologischen Aufwertung von Eh da-Flächen wollen wir zusätzlichen Lebensraum für Vögel, kleine Säugetiere und fliegende Insekten schaffen.

Außerdem gilt es, den Flächenverbrauch und die damit fehlende Biotopvernetzung zu reduzieren und die Belastungen durch den Verkehr zu senken. Auch im Bereich der Wärmeerzeugung und der Energiegewinnung schlummert noch viel ökologisches Potenzial, das wir ebenfalls aktivieren müssen. Klar ist bei all diesen Maßnahmen aber auch: Sie fruchten nur, wenn alle im Freistaat mithelfen. Dank gilt in diesem Zusammenhang unseren Landwirten, die schon heute viel für den Arten- und Naturschutz tun.

Klimaschutz soll Schutzgut werden

Wer ernsthaft beabsichtigt, das Klima zu schützen, muss auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Deshalb wollen wir den Klimaschutz in der bayerischen Verfassung verankern – sie ist das maßgebende rechtliche Fundament, an dem sich auch unsere Gerichte orientieren. Doch seit Jahren stoßen wir auf Widerstände.

Der Klimawandel ist auch in Bayern spürbar und messbar. Die Durchschnittstemperatur steigt und immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen mit erheblichen Personen- und Sachschäden. Das Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des Klimaschutzes bei Abwägungsentscheidungen klar zu benennen und weiter zu stärken.

Konkret wollen wir deshalb, dass die in der Verfassung bereits aufgeführten Schutzgüter Boden, Wasser und Luft um das Schutzgut Klima ergänzt werden. Der Klimaschutz würde damit den Rang einer Staatszielbestimmung erhalten und wäre ausdrücklich als vorrangige Aufgabe von Staat, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts definiert. Damit würden wir einen entscheidenden Schritt in unserem Bestreben gehen, dem Schutz des Klimas größere Priorität einzuräumen und ihn auf kommunaler und lokaler Ebene spürbar voranzutreiben.

Wir FREIEN WÄHLER waren die erste Fraktion im Bayerischen Landtag, die auf eine Verfassungsänderung drängte – und diesem Ziel bereits 2017 mit einem Gesetzentwurf Nachdruck verlieh. Jedoch konnten wir uns mit unserer Forderung nicht durchsetzen. Mittlerweile nehmen wir bereits den dritten Anlauf, um die notwendige Verfassungsänderung herbeizuführen. Als Oppositionsfraktion bekamen wir noch Unterstützung von der SPD und den Grünen – jetzt als Regierungsfraktion untersagen sie sie uns. Stattdessen stehen nun erstmals seit der Regierungsbildung die Christsozialen auf unserer Seite.

Die für eine Verfassungsänderung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit ist so nicht zu erreichen. Dass diese Hürde allerdings an parteipolitischen Egoismen scheitert – gerade jetzt, wo die fatalen Folgen des Klimawandels immer offensichtlicher werden –, hätten wir uns nicht träumen lassen. Allem Anschein nach sind wir die einzige Fraktion im Landtag, die den Klimaschutz ernst nimmt. Wir werden uns jedenfalls weiter dafür einsetzen, eine Verfassungsänderung zu erreichen – zum Wohle des Klimas und damit zum Wohle aller.

Artenschutz zum Wohl von Bienen und Bauern

Der Rückgang des Artenreichtums zeigt, dass sich etwas ändern muss beim Natur- und Umweltschutz. Deshalb ändern wir das Bayerische Naturschutzgesetz und erlassen zahlreiche weitere Verordnungen zum Schutz unserer Naturlandschaften. Wichtig ist uns FREIEN WÄHLERN dabei ein maximaler Interessenausgleich für die bayerische Landwirtschaft.

Für uns FREIE WÄHLER ist klar, dass der Artenschutz konsequenter und schneller vorangetrieben werden muss. Mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb vereinbart, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Artenvielfalt" anzunehmen. Da dieser allerdings in Teilen überzogene, weil alltagsferne Zielvorgaben an die Landwirte enthält, wollen wir uns in den kommenden Monaten massiv für ihre Interessen starkmachen. Außerdem wollen wir das Volksbegehren in mehreren Punkten verbessern und weiterentwickeln.

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

So sollen etwa die Verpflichtung zu Dachbegrünungen und Blühstreifen, die Reduzierung von Lichtemissionen, aber auch das Schulfach „Alltagskompetenz" Eingang in den Gesetzgebungsprozess finden. Auch eine konsequent umgesetzte Energiewende in Bürgerhand, die Reduzierung des Flächenverbrauchs, der Schutz von Streuobstwiesen sowie eine Stärkung bestehender Schutzgebiete sollen sich in entsprechenden Verordnungen und Gesetzen wiederfinden. Zudem wollen wir den Ökolandbau stärker fördern und den Ausbau des staatlich subventionierten Vertragsnaturschutzes durch Landwirte regeln.

Uns FREIEN WÄHLERN ist dabei ganz wichtig, dass die Neuregelungen für unsere Landwirte tragfähig und umsetzbar sind. Sie sind als Landnutzer unmittelbar betroffen und müssen deshalb, wo erforderlich, auch Ausgleichsmaßnahmen erhalten. Ziel des Maßnahmenpaketes muss sein, Artenschutz und Landwirtschaft zusammenzubringen. Was wir brauchen und wollen, ist ein besserer Naturschutz, der integriert, nicht spaltet.

Klar ist aber auch: Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entscheidend wird daher die Bereitschaft aller Menschen sein, ihren Lebensstandard anzupassen. Das Maßnahmenpaket zum Artenschutz soll noch in diesem Sommer verabschiedet werden. Sollte es vom Landtag angenommen werden, brächte Bayern eines der weitreichendsten Artenschutzgesetze Europas auf den Weg.

Wie die Autoindustrie beim Naturschutz helfen könnte

Wir FREIEN WÄHLER möchten eine Umweltstiftung gründen – und wir haben auch schon konkrete Vorstellungen, wo das Geld für das Grundstockkapital herkommen soll.

Wir FREIEN WÄHLER haben es uns zur Aufgabe gemacht, mehr für den Natur- und Umweltschutz in Bayern zu tun. Deshalb möchten wir eine Landesstiftung für Umwelt- und Klimaschutz sowie Artenvielfalt initiieren. Mit dieser Stiftung

Mit der Gründung der Stiftung wollen wir auch zeigen, dass wir es ernst meinen mit mehr und konkretem Klimaschutz – nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im Geldbeutel des Freistaats.

wollen wir auf Dauer konkrete Umweltmaßnahmen mit den Schwerpunkten Klimaschutz und Artenvielfalt finanzieren. So könnte etwa die Umweltbildung gestärkt oder die Infrastruktur für Elektroautos verbessert werden. Auch Blühflächen oder Klimaprojekte könnten mit den Zinserlösen finanziert werden.

Für den Grundstock der Stiftung möchten wir gerne das Bußgeld verwenden, das der Autobauer Audi wegen manipulierter Dieselmotoren an den Freistaat zahlen muss – immerhin 800 Millionen Euro. Dieses Geld sollte nach unserer Überzeugung nicht einfach sang- und klanglos im allgemeinen Haushalt des Freistaats verschwinden. Wichtig ist uns vor allem die zweckgebundene Verwendung der Strafzahlungen: Sie wurden wegen umweltschädigender Vergehen fällig – und sollten deswegen auch der Umwelt zugutekommen.

Vorbild unserer Idee ist die Bayerische Landesstiftung, die 1972 mit Mitteln aus der Bayerischen Vereinsbank eingerichtet wurde und seit ihrer Gründung landesweit Projekte mit über 500 Millionen Euro fördern konnte. Das Stiftungsvermögen entspricht heute mit rund 800 Millionen Euro in etwa dem von Audi zu zahlenden Bußgeld. Den Vorschlag zur Schaffung der Umweltstiftung hatten wir während unserer Klausurtagung in Straubing mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Gründung der Stiftung wollen wir auch zeigen, dass wir es ernst meinen mit mehr und konkretem Klimaschutz – nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im Geldbeutel des Freistaats. Unser Appell geht deshalb an unseren Koalitionspartner CSU, uns bei der Schaffung dieser Stiftung zu unterstützen. Wir wären schlecht beraten, gerade im Umweltressort zu knausern: Konkreter Umweltschutz kostet – und das Geld ist da.

Wo noch viel ökologisches Potenzial schlummert

Verkehrsinseln, Bahndämme und Deiche sind meist kaum mehr als Heimat für Straßenschilder und Leitpfosten. Dabei können sie leicht in Habitate für Insekten und kleine Säugetiere verwandelt werden.

Die Fläche in unserer Kulturlandschaft wird zusehends knapper und damit auch kostbarer. Der Siedlungsbau braucht Land, der Bau von Straßen und Schienen ebenfalls. Die uns zur Verfügung stehenden Flächenressourcen müssen wir deshalb so effizient wie möglich nutzen – zum Beispiel mit den Eh da-Flächen. Unter diesen Flächen versteht man Grundstücke, die – wie der Name schon sagt – „eh da" sind. Gemeint sind weg- und straßenbegleitende Flächen, Bahn- und Gewässerdämme, Verkehrsinseln und Gemeindegrünflächen.

Areale also, die weder privat noch landwirtschaftlich genutzt werden, aber auch keinen hohen ökologischen Nutzen besitzen. Allerdings sind sie leicht in echte Biotope zu verwandeln, in denen sich Maus und Igel genauso heimisch fühlen wie Schmetterlinge, Käfer und Wildbienen. Außerdem ist das Ausmaß dieser Flächen beträchtlich und liegt einer Potenzialstudie aus den Jahren 2012 bis 2014 zufolge je nach Region und Landschaftstyp in einer Größenordnung von 2 bis 5 Prozent der Gesamtfläche.

Es lohnt sich also, diese kleinen, aber zahlreichen Flächen ökologisch aufzuwerten – und das geht ohne großen Aufwand und ist preiswert. Mit Wildkräuter-Saatmischungen und blütenreichen Gehölzen werden sie für Tiere zum willkommenen Refugium zwischen Äckern und Straßen. So ersetzen sie zwar nicht die großflächigen Schutzgebiete. Aber sie bieten Kleintieren Überwinterungsmöglichkeiten, gewähren Vögeln Unterschlupf und Nahrung und fungieren als Verbindungskorridore, entlang derer Tiere wandern können. Außerdem dienen sie Wildbienen und anderen Blütenbestäubern als neue Heimat.

Kommunen in Rheinland-Pfalz und vereinzelt auch in Bayern machen sich die unterschätzten Flächen längst zunutze. Jüngst wurde das Konzept der Eh da-Flächen, das rheinland-pfälzische Wissenschaftler entwickelt haben, sogar als Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet. Doch damit das große Potenzial dieser Flächen ausgeschöpft werden kann, braucht es nicht nur das Engagement von Forschern, sondern die Bereitschaft vieler. Wir FREIEN WÄHLER appellieren deshalb an die Städte und Gemeinden sowie an die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat, im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese vermeintlich funktionslosen Flächen als neue Heimat für Biene Maja und Co. aufzuwerten.

Als Heimat für Wildbienen und andere Blütenbestäuber eignen sich die Eh da-Flächen hervorragend.

Drei unserer Abgeordneten haben als bayerische Staatsminister neue Wirkstätten: **Hubert Aiwanger** im Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, **Prof. Dr. Michael Piazolo** im Ministerium für Bildung und Kultus und **Thorsten Glauber** im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Welche Ideen dort entwickelt werden und wie die Interessen von uns FREIEN WÄHLERN in den Häusern umgesetzt werden, erfahren Sie ab sofort an dieser Stelle.

AUS DEM MINISTERIUM

Neuer Schwung für die Energiewende

Bayern muss nach dem Ausstieg aus der Atomenergie den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Sicherstellung der Versorgung unter anderem mit zusätzlichen Gaskraftwerken vorantreiben. Schließlich geht es auch darum, den Ausstoß von klimaschädlichen Abgasen aus fossilen Energiequellen zu reduzieren. Eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft!

„Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung mit einem effizienten Klimaschutz und Wertschöpfung vor Ort.“

Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, will bei der Energiewende keine Zeit mehr vertrödeln.

Damit uns das gelingt, müssen wir die Begeisterung für die Energiewende neu entfachen, also die Energiewende 2.0 in Bayern auflegen! Leider ist in den letzten Jahren auch gezielt Stimmung gegen die erneuerbaren Energien gemacht worden. Ob Biogas, Wasserkraft, Windkraftanlagen oder zuletzt der Holzofen: Vieles wurde geradezu verteufelt, um dann in letzter Konsequenz wieder beim Öl zu landen.

Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung mit einem effizienten Klimaschutz und Wertschöpfung vor Ort. Wir wollen Bürger und Wirtschaft bei der Energiewende wieder mitnehmen und sie auch mitverdienen lassen. Wir möchten ihr Engagement fördern und sie ermutigen, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wir werden hierzu auch die Beratung intensivieren, unter anderem über die bewährten Energieagenturen. So tragen wir aktiv dazu bei, dass die Energiewende in Privathaushalten und in der Wirtschaft wieder in Schwung kommt.

Wichtig ist aber auch, die Versorgungssicherheit nach dem Atom- und Kohleausstieg zu gewährleisten. Dazu wollen wir mehr Gaskraftwerke bauen, denn das bedeutet mehrere Gigawatt Leistung zusätzlich. Der Vorteil: Gaskraftwerke lassen sich schnell hochfahren und sind die ideale Ergänzung zu erneuerbaren Energien. Allerdings muss der Bund dafür sorgen, dass sich Energiesicherheit aus Erdgas besser lohnt, beispielsweise über einen Kapazitätsmarkt. Auf die Stromtrassen SüdOstLink und SüdLink dürfen wir uns jedenfalls nicht verlassen. Denn spätestens, wenn der Kohleausstieg vollzogen ist, werden der Norden und der Osten ihre Windenergie selbst benötigen – und wir in Bayern stehen mit leeren Händen da.

Auch müssen wir viel gezielter als bislang neue Technologien wie „Power to Gas“ ins Spiel bringen, mit deren Hilfe überschüssiger Strom aus Ökostromanlagen in lange speicherbares Gas umgewandelt werden kann. All diese Ziele sollen durch Arbeitsgruppen, geleitet vom Wirtschaftsministerium, flankiert werden. Neben der Stromerzeugung haben dabei auch die Energieeffizienz, die intelligente Netzsteuerung und die Speicherung große Bedeutung.

5 Fragen an… Tobias Gotthardt zur Zukunft Europas

1. Brexit, Bürokratie, Finanzierungslücken – die Schlagzeilen über Europa waren schon mal besser. Steckt das „Haus Europa" in der Krise?

„Only bad news are good news" – das ist bei Europa nicht besser als anderswo. Aber es stimmt: Es knarzt im europäischen Haus und wir müssen uns mutig und hemdsärmelig an große Reformen wagen. Insofern: Ja, das „System Europa" steckt in der Krise – die „Idee Europa" aber ist so aktuell und unerlässlich wie eh und je. Die entscheidende Frage ist: Übernehmen wir Demokraten die Arbeiten im europäischen Haus – oder überlassen wir es leichtfertig denen, die mit der Abrissbirne kommen?

2. Wie sieht Ihrer Meinung nach das europäische Haus der Zukunft aus?

Europa ist dann erfolgreich, wenn es eine Bürgerbewegung bleibt. Das heißt: Europäische Politik muss raus aus den Brüsseler Hinterzimmern, raus aus dem Geklüngel der Lobbyisten. Wir brauchen ein Europa der Bürger und Regionen, das den Namen verdient. Ein Europa, das ganz konkret liefert und handelt. Ein Europa, das sich selbst erklärt.

3. Wer kann oder sollte Motor dieser Erneuerung sein?

Wir erleben in vielen europäischen Fragen gerade eine Denkblockade der Nationalstaaten. Sie treten auf der Stelle. Umso wichtiger wird die Rolle der Regionen: Unsere Position ist näher an den Menschen. Wir stehen für ein Europa, das sich von unten nach oben erneuert: klein im Kleinen, groß im Großen. Das hat der Landtag auf meine Initiative hin auch im „Straßburger Beschluss" betont. Der Motor läuft – und wir haben uns inzwischen eine Federführung innerhalb der Regionen erarbeitet.

4. Welche Rolle sehen Sie für den Bayerischen Landtag in Europa?

Eine aktive: Wir sind – gemeinsam mit den anderen Landesparlamenten – ein optimales Forum, um europäische Debatten näher an den Bürgern zu führen. Der Europaausschuss ist dafür das beste Forum. Und so handeln wir auch.

5. Was heißt das konkret?

Ich habe die Arbeit des Ausschusses in den vergangenen Monaten stark umgekrempelt. Wir sind nicht bloß die „Subsidiaritätspolizei" – unser Auftrag geht weiter. Wir sind Impulsgeber, arbeiten weit mehr tagesaktuell, organisieren Foren und Runde Tische, mischen uns in die laufende Gesetzgebung in Straßburg und Brüssel ein. Das ist nicht immer leicht – aber immer lohnenswert: Wir sind die laute Stimme der Bürger in Europa.

Obdachlose in ihrer **Notlage** nicht allein lassen

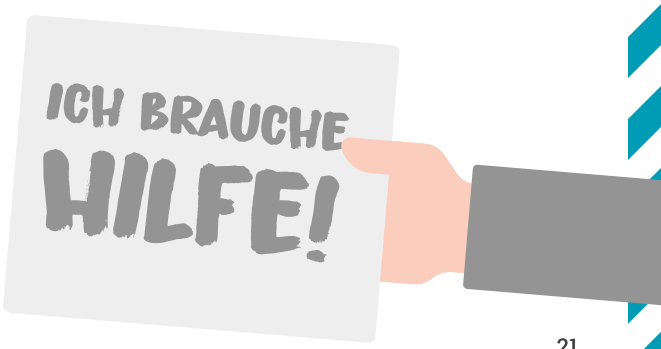
Kein Dach über dem Kopf zu haben ist eine extreme Form der sozialen Notlage. Uns FREIEN WÄHLERN ist es wichtig, dass sich die Staatsregierung der Wohnungs- und Obdachlosen* intensiv annimmt. Mit einer neuen Stiftung und einem Aktionsplan wollen wir dafür sorgen, dass Menschen, die von dieser extremen Form der Armut betroffen sind, effektiv geholfen werden kann.

Das soziale Netz in Bayern ist eng geknüpft; wer arm ist oder seine Arbeit verliert, der erhält Unterstützung vom Sozialamt. Doch die Realität ist auch: Die üblichen Mechanismen der Auffanghilfe greifen bei von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen nur selten. Ihnen fällt es häufig schwer, bei Behörden um Hilfe zu bitten. Gerade deshalb dürfen wir diese Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen, zumal der Bedarf an Hilfen für Obdachlose in den kommenden Jahren weiter ansteigen dürfte. Das liegt zum einen am Zuzug nach Bayern und am allgemeinen Bevölkerungswachstum, zum anderen aber auch an der ohnehin längst angespannten Situation am Wohnungsmarkt.

Mit den Stiftungsmitteln wollen wir aktive finanzielle Hilfe leisten – und zwar dort, wo sie gebraucht wird: in den Beratungsstellen, der den Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe, bei der Bahnhofsmissionsarbeit und Modellprojekten.

Zwar ist der Staat für die Obdachlosenhilfe rechtlich nicht zuständig – sie obliegt den Städten und Gemeinden im Freistaat –, dennoch wollen wir die Kommunen nicht allein lassen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb vereinbart, zeitnah die Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern" zu gründen und den Aktionsplan „Hilfe für Obdachlosigkeit" auf den Weg zu bringen. Dafür wollen wir im Doppelhaushalt 2019/2020 beträchtliche Beträge einstellen – für die Stiftung jeweils 2,5 Millionen Euro pro Jahr und für den Aktionsplan weitere 2,3 Millionen Euro.

Mit den Stiftungsmitteln wollen wir aktive finanzielle Hilfe leisten – und zwar dort, wo sie gebraucht wird: in den Beratungsstellen, den Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe, bei der Bahnhofsmissionsarbeit und Modellprojekten. Das ist zielführender, als das Geld für Statistiken zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verbrennen, wie es die Opposition bislang fordert. Nun gilt es, dass die Praktiker – Sozialarbeiter, Streetworker und kommunale Beratungsstellen – mit ins Boot geholt werden. Sie kennen die Nöte und Bedürfnisse der Betroffenen am besten und können deshalb auch am besten beurteilen, welche Unterstützungsangebote und Projekte von den Stiftungsmitteln profitieren sollen.



* Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist. Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben.

Kein **Online-Versand** von verschreibungspflichtigen Medikamenten

Ausländische Versandhändler versuchen, den deutschen Arzneimittelmarkt mit Lockangeboten im Internet aufzurollen. Darunter leiden vor allem die Apotheken in strukturschwachen Regionen. Wir FREIEN WÄHLER wehren uns deshalb gegen die geplante Lockerung des Versandhandelsverbots für verschreibungspflichtige Medikamente.

Ein Mittel gegen Heuschnupfen, eine Salbe gegen Mückenstiche: Wer Medikamente braucht, muss nicht unbedingt zur nächsten Apotheke. Längst lassen sich Medikamente auch im Internet bestellen – und das oft günstiger. Denn im Gegensatz zu den hiesigen Apotheken müssen sich ausländische Versandapotheken nicht an die deutsche Preisbindung halten. Geht es nach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn soll künftig auch das Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente gelockert werden. Die Online-Apotheken dürften dann nicht nur bei Nasensprays Rabatte gewähren, sondern etwa auch bei verschreibungspflichtigen Schmerztabletten.

Wir FREIEN WÄHLER wollen stattdessen die Vor-Ort-Apotheken stärken und sprechen uns deshalb gegen den Online-Versand von verschreibungspflichtigen Medikamenten aus. Schließlich sind Apotheken wichtiger Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung. Gemeinsam mit Medizinern sind Apotheker die ersten Ansprechpartner in Fragen der Gesundheitsvor- und -fürsorge. Vor-Ort-Apotheken stellen sicher, dass Medikamente schnell verfügbar sind. Durch ihre Notdienste erhalten Patienten auch an Sonn- und Feiertagen dringend benötigte Arzneimittel. Zudem sind Apotheken im ländlichen Raum wichtige Arbeitgeber, deren Wirtschaftskraft wir FREIEN WÄHLER schätzen und erhalten wollen.

> Apotheken sind ein wichtiger Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung.

Konkret fordern wir deshalb die Beibehaltung des derzeit geltenden Verbots von Rx-Versand über Online-Apotheken. Bereits 2016 haben wir uns für ein solches Verbot eingesetzt. Denn wir sind überzeugt: Nur ein Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel schützt unsere örtlichen Apotheken vor dem existenzbedrohenden Preiskampf mit ausländischen Apotheken.

Gründerpaket unterstützt freiberufliche Hebammen

Schon lange setzen wir FREIEN WÄHLER uns für eine flächendeckende Hebammenversorgung im Freistaat ein. Jetzt haben wir einen wichtigen Erfolg errungen: Freiberufliche Hebammen, die sich niederlassen wollen, werden künftig vom Freistaat mit einem Gründerpaket unterstützt.

Die Hebammenhilfe für werdende Mütter im Vorfeld, während und nach der Geburt ist ein bedeutender Teil der Gesundheitsversorgung. Für uns FREIE WÄHLER ist es daher besonders wichtig, dass jede schwangere Frau von einer Hebamme unterstützt werden kann. Die Wahrnehmung des Rechts auf Hebammenhilfe darf nicht durch Angebotsengpässe erschwert werden.

Deshalb setzen wir uns bereits seit Jahren für eine bessere Unterstützung von freiberuflichen Hebammen ein – und haben dazu immer wieder Anträge eingebracht. Denn hohe Haftpflichtversicherungsprämien, eine steigende Arbeitsbelastung

Die Wahrnehmung des Rechts auf Hebammenhilfe darf nicht durch Angebotsengpässe erschwert werden.

und immer mehr Aufgaben bei der Versorgung und Betreuung von Schwangeren und Müttern haben den Hebammen in den vergangenen Jahren das Leben schwer gemacht. Viele haben ihren Beruf aufgegeben. Auch eine Studie des unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstituts IGES hat im vergangenen Jahr bestätigt, dass es bei der Hebammenversorgung in Bayern eindeutig Handlungsbedarf gibt.

Mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb vereinbart, Hebammen künftig besser zu unterstützen. Gemäß unseres Koalitionsvertrags führt die Staatsregierung eine Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro für freiberufliche Hebammen ein. Damit wollen wir einen effektiven Anreiz für freiberufliche Hebammen schaffen, sich niederzulassen. Wichtig ist jetzt, dass die Prämie zeitnah – noch in diesem Jahr – ausgezahlt und das Verfahren unbürokratisch abgewickelt wird.

Wir freuen uns sehr, dass mit dem Gründerpaket unseren Forderungen entsprochen wurde und die entsprechende Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag bereits in diesem Jahr umgesetzt wird. Um sicherzustellen, dass das Gründerpaket rasch und im Sinne von uns FREIEN WÄHLERN umgesetzt wird, soll regelmäßig im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die Umsetzung des Gründerpakets berichtet werden.

Zahl des Quartals

2017 verzeichnete man die höchste Geburtenrate seit 1998, genau 126.191 Kinder wurden geboren (577 Mädchen und Buben wurden adoptiert). Mehr Babys und die Zuwanderung treiben die Einwohnerzahl nach oben: 12.997.204 Einwohner hatte Bayern zum Stichtag Ende 2017, inzwischen wurde die 13-Millionen-Marke sogar geknackt. Damit leben im Freistaat so viele Menschen wie nie.

126.191

Einschulungs-korridor für „Kann-Kinder“

Was ist das Beste für mein Kind? Ist es den Anforderungen der Grundschule gewachsen, oder braucht es noch Zeit? Mit der Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors für „Kann-Kinder“ geben wir Eltern künftig mehr Freiraum bei dieser Entscheidung.

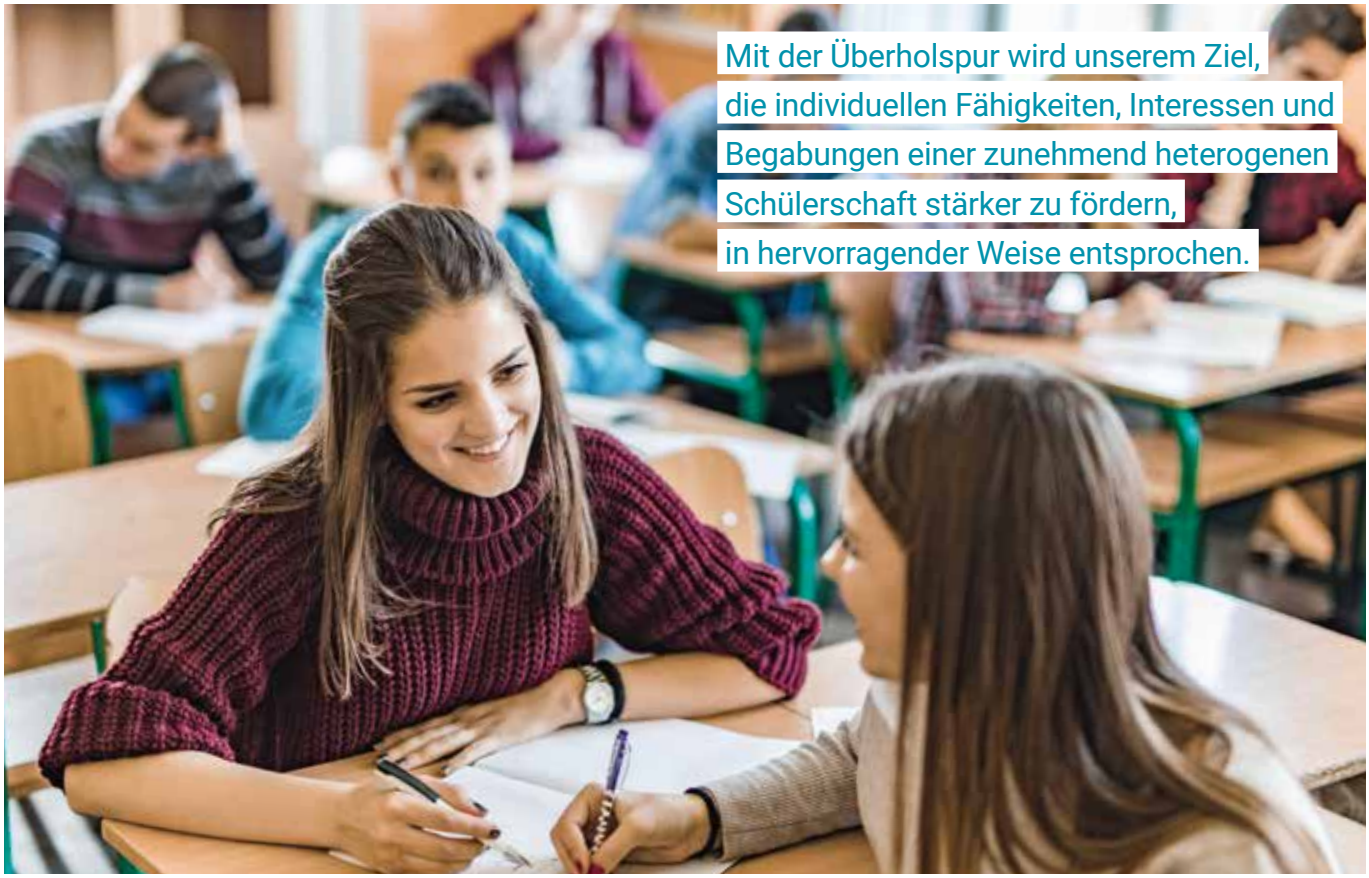
Weil wir eine Bildungspolitik wollen, die den individuellen Fähigkeiten und Neigungen unserer Schülerinnen und Schüler Rechnung trägt, haben wir uns während der Koalitionsverhandlungen mit der CSU für eine Flexibilisierung der Einschulung eingesetzt. Mit Erfolg: Gemäß einer entsprechenden Vereinbarung im Koalitionsvertrag führt das Bildungsministerium bereits zum Schuljahr 2019/2020 einen Einschulungskorridor an allen bayerischen Grundschulen ein.

Dadurch können Eltern von „Kann-Kindern“ – das sind Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September sechs Jahre alt werden – künftig nach Beratung und Empfehlung durch die Schulen selbst entscheiden, ob ihr Kind bereits zum kommenden Schuljahr oder erst im Folgejahr eingeschult wird. Der Vorteil: Eltern erhalten dadurch mehr Entscheidungsfreiheit und die Schulfamilie wird durch den Entfall der bisherigen Rückstellungsverfahren entlastet.

Wir FREIEN WÄHLER machen uns schon lange für eine Bildungspolitik stark, die den individuellen Fähigkeiten und Neigungen aller Schülerinnen und Schüler besser Rechnung trägt. Mit der Einführung des Einschulungskorridors setzen wir also eines unserer maßgeblichen bildungspolitischen Anliegen um.

Denn bisher galt eine starre Stichtagsregelung: Kinder, die bis Ende September sechs wurden, waren schulpflichtig und konnten von ihren Eltern nur auf Antrag für ein Jahr zurückgestellt werden. Über diesen entschied dann die Schulleitung. Nun obliegt die Entscheidung den Eltern. Das war uns wichtig, denn schließlich sind sie es, die als engste Bezugspersonen den Entwicklungsstand und damit die Schulfähigkeit ihrer Kinder am besten beurteilen können. Immerhin beginnt mit dem Eintritt in die Grundschule für Kinder ein neuer, bedeutender Lebensabschnitt – und dieser sollte möglichst frei von Ängsten und Unsicherheiten ablaufen.

Mit der Einführung des Einschulungskorridors setzen wir also eines unserer maßgeblichen bildungspolitischen Anliegen um. Jetzt gilt es, mit Lehrerverbänden, Lehrkräften, Schulen und allen weiteren Beteiligten zusammenzuarbeiten, um möglichst breite Akzeptanz und Planungssicherheit für Kindergärten und Grundschulen zu schaffen.



Neues Konzept für das **neue G9**

Seit diesem Schuljahr kann das Abitur in Bayern wieder offiziell nach neun Jahren abgelegt werden – dafür haben wir FREIEN WÄHLER uns in der letzten Legislaturperiode starkgemacht. Eine Option für das G8 soll aber bleiben: die Überholspur.

Die Überholspur richtet sich an besonders leistungsfreudige oder begabte Gymnasiasten, die eine Schulklasse überspringen wollen. Für sie soll es künftig eine deutschlandweit einzigartige Begleitung durch Mentoren geben. Das Konzept, das unter Federführung des FREIE WÄHLER Abgeordneten und Kultusministers Prof. Dr. Michael Piazolo erarbeitet wurde, basiert auf Freiwilligkeit und Leistungsbereitschaft. Ziel ist, den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der Schüler Rechnung zu tragen und gleichzeitig eine möglichst reibungslose Lernzeitverkürzung zu gewährleisten. Das frei werdende Jahr können die Schüler für Auslandsaufenthalte oder für die Verkürzung der Schulzeit nutzen.

Konkret sieht das Konzept vor, besonders ehrgeizige oder talentierte Schüler durch den Besuch zusätzlicher Module in der neunten und zehnten Klasse gezielt auf den Sprung von der zehnten in die zwölfte Klasse vorzubereiten. Zusätzlich werden die Überholer bereits im Vorfeld, nämlich in der achten Klasse, ausführlich beraten und während der Vorbereitung der Lernzeitverkürzung von Mentoren begleitet und gezielt gefördert. Auch für Schüler, die sich in der achten Klasse gegen den Zusatzunterricht entschieden haben, soll es die Möglichkeit geben, auf die Überholspur zu wechseln.

Die finale Entscheidung für die Überholspur ist dann erst kurz vor dem Ende der zehnten Klasse nötig. Sollten Leistungs- und Zeitdruck trotzdem zu groß werden, können die Schüler aus der Überholspur auch wieder aussteigen. Damit ist das Konzept ein pädagogisch und inhaltlich schlüssiger individueller Weg zum Abitur nach acht – oder eben neun – Schuljahren.

Wir FREIEN WÄHLER machen uns seit langem für passgenauere Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler stark. Mit der Überholspur wird dem in unserem Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, die individuellen Fähigkeiten, Interessen und Begabungen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft stärker zu fördern, nun in hervorragender Weise entsprochen. Im September 2021 soll die Überholspur erstmals an bayerischen Gymnasien angeboten werden.

Wie wir die **duale Berufsausbildung** stärken wollen

Wir FREIEN WÄHLER unterstützen das bayerische Handwerk kraftvoll und bekennen uns klar zum Erhalt des Meisterbriefs. Denn Meisterpflicht, duale Ausbildung und die Selbstverwaltung der Wirtschaft haben sich hervorragend bewährt – sie machen den Mittelstand im Freistaat stark.

Nach dem Schulabschluss stellt sich für die meisten Schülerinnen und Schüler die Frage: Ausbildung oder Studium? Letzteres gilt heute vielen als Königsweg – und das hat weitreichende Folgen. Denn fehlen Nachwuchskräfte in der dualen Ausbildung, so fehlen sie später auch in den Betrieben. Schon heute klagen die Industrie- und Handelskammern über eine zunehmende Zahl unbesetzter Lehrstellen im Freistaat, obwohl gleichzeitig zahlreiche Jugendliche arbeitslos sind.

Unser Ziel ist es deshalb, gemeinsam mit den Ministerien für Wirtschaft und Kultus die vorhandenen Passungsprobleme zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Ausbildungsmarkt zu verringern, indem wir die berufliche Bildung aufwerten. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb für eine Stärkung der beruflichen Bildung sowie des Meisterbriefs ausgesprochen. Die Berufsausbildung verbindet auf einzigartige Weise die Praxis im Betrieb mit den theoretischen Grundlagen der Schule und ist allein deshalb eine echte Alternative zum Studium – gerade auch, weil es viele Möglichkeiten der Weiterqualifizierung gibt.

Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang auch, den verpflichtenden Meisterbrief zu erhalten – er ist ein erprobtes und bewährtes Siegel für Qualität, seine Bedeutung für die Entwicklung und den Stand des Handwerks in Bayern für uns unumstritten. Zweifellos hat die EU dem Handwerk einen Bärendienst erwiesen, als sie viele Gewerbe von der Meisterpflicht befreit hat. Deshalb haben wir die Staatsregierung gebeten, sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung beziehungsweise Einführung des Meisterbriefs für weitere Berufsbilder einzusetzen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, stärkere finanzielle Anreize für die höhere berufliche Bildung zu schaffen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns auf eine Anhebung des „Meisterbonus“ auf 2000 Euro verständigt. Mit diesem Betrag können die bei bestandener Meisterprüfung angefallenen Gebühren fast vollumfänglich erstattet werden. Die Staatsregierung sendet damit ein wichtiges Signal aus, dass die Meisterausbildung eine adäquate, attraktive und gleichwertige Alternative zur akademischen Ausbildung darstellt.

Indem wir die duale Berufsausbildung erhalten, schützen wir auch das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft: das mittelständische Handwerk.

Gut integrierte Asylbewerber müssen eine **Chance** bekommen

In Bayern hatten es Flüchtlinge bislang schwer, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Das ändert sich jetzt: Engagierten Asylbewerbern mit Bleibeperspektive wird der Zugang zum bayerischen Arbeitsmarkt erleichtert. Dafür haben wir FREIEN WÄHLER uns während der Koalitionsverhandlungen eingesetzt. Denn wir sind überzeugt: Wer sich anstrengt und fleißig ist, den können unsere Betriebe und Vereine auch brauchen.

Konkret haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die sogenannte 3+2-Regel künftig offensiver Anwendung findet. Das heißt: Nach einer dreijährigen Berufsausbildung dürfen Asylbewerber anschließend weitere zwei Jahre in dem Ausbildungsberuf tätig sein. Bislang war die Regelung, die eigentlich bundesweit gilt, in Bayern sehr restriktiv angewendet worden. Mit der Lockerung können die Integrationsbemühungen besonders engagierter Asylbewerber nun endlich gewürdigt werden.

Mitarbeiter in den Ausländerbehörden können nun im Rahmen ihres Ermessens sowohl bei Asylbewerbern als auch bei Geduldeten deren Integrationsleistungen berücksichtigen, wenn sie darüber entscheiden, ob eine Berufsausbildung begonnen oder eine Beschäftigung aufgenommen werden darf. Zu diesen Integrationsleistungen zählen gute Deutschkenntnisse und schulische Leistungen, aber auch ehrenamtliches Engagement.

Ziel ist aber nicht nur, einen Integrationsanreiz für Asylbewerber zu schaffen, sondern auch, die Potenziale dieser Menschen nutzbar zu machen. Die Industrie- und Handwerkskammern klagen bereits seit längerem, dass der Bedarf an Auszubildenden in vielen Berufen ohne junge Flüchtlinge nicht mehr zu decken ist. Zudem hat eine Studie des Basler Prognos-Instituts vorausgesagt, dass bis zum Jahr 2025 allein in Bayern 350.000 Fachkräfte fehlen werden.

Mit der Lockerung der 3+2-Regel können die Integrationsbemühungen besonders engagierter Asylbewerber nun endlich gewürdigt werden.

Es war daher höchste Zeit, auf diesem Weg ganz pragmatisch dem Fachkräftemangel zu begegnen. Denn kein Handwerksmeister und auch keine Arbeitskollegen haben Verständnis dafür, wenn ein gut ausgebildeter und engagierter Mitarbeiter abgeschoben wird. Die Betriebe können nun frühzeitig und verlässlich Ausbildungsverträge schließen und haben dadurch Planungssicherheit. Und auch Geduldete können sich etwa zur Pflegefachkraft ausbilden lassen und haben nun eine verlässliche Bleibeperspektive – wenn sie sich rechtstreu verhalten. Denn auch weiterhin gilt die Prämisse: Gewalttäter, Drogendealer und Gefährder haben keine Zukunft in unserem Land.

Hans Friedl

„Ich engagiere mich, weil …
mir seit Jahren Umweltschutz und Artenvielfalt sehr am Herzen liegen und mir wichtig ist, den stillgeschwiegenen Themen wie Altersarmut, Pflege- und Wohnungsnot eine Stimme zu geben.“

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich … das verpflichtende Praxisgesetz verabschieden. Zielsetzung: Alle Gesetze müssen verständlich geschrieben sein und praktische, alltagstaugliche Lösungen für alle Lebensbereiche finden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich … das Entbürokratisierungsamt gründen und 70 Prozent der Gesetze und Verordnungen vernichten und abwarten, was wirklich geregelt sein muss. So würde die kreative Kraft der Bürger zur Geltung kommen.

Um mehr Jugendliche für die Politik zu interessieren, würde ich … den aktuellen Schwung der Freitagsdemos nutzen, die für die Jugend wichtigen Zukunftsthemen besprechen und in Projekten mit den Jugendlichen gemeinsam umsetzen. Wir müssen die Jugend endlich ernst nehmen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich … für mehr Abwechslung sorgen und nicht zeitgleich auf allen Sendern einen Krimi, eine Kochshow oder eine Quizsendung ausstrahlen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich … ihm sagen, dass man die landschaftliche Schönheit und Vielfalt sowie den herzlichen Charakter der Bayern nur in seiner Gesamtheit spüren kann, wenn man hier lebt oder viele Urlaube hier verbringt.

Wenn ich einen völlig freien Tag hätte, würde ich … diesen mit der Familie verbringen und alles tun, was der Seele guttut. Diese Augenblicke kann ich dann in schöner Erinnerung behalten, denn ein schöner Tag ist gefühlt viel schneller vorüber.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich … Frieden unter allen Menschen und Nationen schaffen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich … sie wegsperren, damit sie nicht in falsche Hände gerät und der Menschheit schadet. Denn jede Generation sollte die Möglichkeit haben, ihre Zukunft selbst zu gestalten und die notwendigen Erfahrungen zu sammeln.

Hans Friedl

Geboren am 21. Juli 1957 in München (mein Heimatort Alling hat keine eigene Geburtsstation)

Wohnort: Alling

Familienstand: verheiratet, 1 erwachsener Sohn

Ausbildung: Immobilienwirtschaft, Landwirtschaft

Beruf: Unternehmer im Wohnungsbau, Landwirt im Nebenerwerb

Religion: Christentum

Kerstin Radler

„Ich engagiere mich, weil …

- **ich die Probleme der Menschen vor Ort lösen möchte,**
- **ich durch meine Position in München auf die Gesetzgebung unmittelbar Einfluss nehmen kann und dadurch Veränderungen möglich sind,**
- **ich Regensburg noch lebenswerter machen möchte.“**

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich …

- als Juristin darauf einwirken, dass die bestehenden Gesetze angewandt und richtig umgesetzt werden; ich stehe daher nicht für ein „Mehr an Gesetzen“, sondern für eine Entbürokratisierung und Vereinfachung.
- die AfD vom Verfassungsschutz überwachen lassen .

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …

- genau das Gleiche wieder machen.
- Donald Trump ablösen, um die Welt vor noch mehr unsinnigen Entscheidungen zu schützen.

Ansonsten bin ich mit meiner ausgeübten Tätigkeit als Juristin/Politikerin vollauf zufrieden, weil sich beide Aufgaben gut ergänzen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich … konkrete, frühe Maßnahmen in den Schulen veranlassen und Veranstaltungen für junge Menschen organisieren und besuchen. In Regensburg haben wir bereits vorbildliche Projekte (Jugendbeirat Regensburg, Mini-Regensburg, Jugendaustausch mit den jeweiligen Partnerstädten, zum Beispiel zwischen Brixen und dem Regensburger Stadtjugendring).

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich … alle Audrey Hepburn-Filme in Endlosschleife laufen lassen; ferner wäre ich für ein gewaltfreies Programm, James-Bond-Filme ausgenommen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich … ihn in meine Heimatstadt Regensburg einladen, verbunden mit einem Ausflug in den Bayerischen Wald.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich … morgens eine Mountainbike-Tour machen und mich dann durch diverse Kochzeitschriften inspirieren lassen für das Abendessen. Nachmittags würde ich mit einem guten Buch meinen Garten genießen und mich an den zahlreichen Bienen an meinen Lavendelsträuchern erfreuen. Und den Abend würde ich mit einem von mir gezauberten Essen und einem kühlen Glas Weißwein ausklingen lassen.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich … sämtliche Krisenherde der Welt zum Erlöschen bringen und mich dann völlig entspannt in ein Haus am Meer zurückziehen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich … das antike Rom als einflussreiche Tempelpriesterin erleben und gestalten.

Kerstin Radler

Geboren am 21. März 1961 in Regensburg

Wohnort: Regensburg

Familienstand: verheiratet

Ausbildung: Studium der Rechtswissenschaften

Beruf: Rechtsanwältin

„Nie wieder“ bedeutet auch „nie wieder vergessen“

Jedes Jahr am 27. Januar wird in Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Auch wir Parlamentarier erinnern mit einer Gedenkveranstaltung im Maximilianeum an die Millionen Menschen, die während des Dritten Reichs ausgegrenzt, gequält und bestialisch ermordet wurden. Und weil Verbrechen an der Menschheit nicht verjähren, ist es für uns FREIE WÄHLER Auftrag und Bedürfnis, diese Erinnerungskultur zu pflegen und wachzuhalten.

Auf den Lärm der Rassisten und Antisemiten dürfen wir nicht mit Stille antworten.

Bei der Gedenkveranstaltung im Maximilianeum schilderten mehrere Zeitzeugen, wie sie die Verbrechen der NS-Zeit erlebt haben: Else Höllenreiter etwa, deren Ehemann das KZ Auschwitz überlebte, und Abba Naor, der den Aufenthalt in verschiedenen KZs, schwerste Zwangsarbeit und den Todesmarsch im Frühjahr 1945 überstand. Wer diese erschütternden Zeugnisse hört, bekommt eine Vorstellung davon, was die Menschen während der Schreckensherrschaft des Dritten Reiches erlebt und durchlitten haben.

Als Parlamentarier fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet, solch abscheuliche Verbrechen nie wieder geschehen zu lassen. Die Vergangenheit – so unfassbar im Wortsinn sie auch sein mag – muss den Menschen dauerhaft Warnung und Mahnung sein. Die Erinnerung an die Opfer bleibt ein zeitloses und unumstößliches Gebot.

Doch nicht nur der von den Nazis ermordeten Menschen muss gedacht werden, sondern auch der zahllosen Helfer, die oft unter Einsatz des eigenen Lebens Juden retteten. Zwischen all den Gräueltaten der Nazis fanden diese Bürgerinnen und Bürger den Mut für Zivilcourage und Barmherzigkeit. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Nie wieder dürfen rassistischer und antisemitischer Hetze und Ausgrenzung Raum gegeben werden. Mit aller Kraft müssen wir uns jeglichen neuen Formen des Antisemitismus und Rassismus entgegenstellen. Auf den Lärm der Rassisten und Antisemiten dürfen wir nicht mit Stille antworten.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Bayern steht für ein weltoffenes Land, artikuliert das aber zu wenig. Vielleicht unterschätzen sie ihre Möglichkeiten, Weltoffenheit und Toleranz eine deutlichere Stimme zu geben. Dies ist aber dringend geboten. Wer die Gedenkstätten der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau oder Dachau besucht, kann spüren, welche Grausamkeiten uns drohen, wenn wir im Kampf gegen geistige Brandstifter untätig bleiben.

Ihre FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Kurz berichtet

FREIE WÄHLER schaffen Klarheit bei „Strebs“

Die Koalitionspartner beenden die „Strebs“-Diskussion: Bei einer Pressekonferenz im Landtag stellen der haushaltspolitische Sprecher Bernhard Pohl und der kommunalpolitische Sprecher Joachim Hanisch gemeinsam mit dem Koalitionspartner die gesetzliche Neuregelung vor, die es den Kommunen ab sofort erlaubt, ihren Bürgern mehr als nur ein Drittel der Beitragskosten zu erlassen – nach eigenem Ermessen nämlich bis zu hundert Prozent. Damit haben Kommunen nun völlig freie Hand, ob und in welchem Umfang sie die Ersterschließung von Altstraßen, die älter als 25 Jahre sind und deren Beiträge im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. März 2021 entstanden sind oder entstehen, abrechnen. Das heißt: Kein Bürgermeister muss gegen seinen Willen bürgerunfreundliche Bescheide erlassen. Er kann sich aber auch nicht mehr hinter dem Gespenst einer angeblichen Veruntreuung von Gemeindevermögen verstecken und damit eine Beitragserhebung rechtfertigen.

Was sonst noch los war…

25. Januar 2019

Im Vorfeld ihres Neujahrsempfangs diskutiert die Landtagsfraktion mit Land- und Bezirksräten über aktuelle Herausforderungen in der Kommunalpolitik. Der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl bekräftigt dabei das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen. Dies soll durch die Ausweitung des Mobilfunknetzes und des ÖPNV sowie durch die Förderung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung gelingen.

12. Februar 2019

Florian Streibl und Dr. Fabian Mehring empfangen Stephan Theo Reichel, Kurator und Geschäftsführer des Flüchtlingshilfevereins „matteo – Kirche und Asyl“. Bei dem Gespräch bekräftigen die beiden Vorstandsmitglieder die asylpolitischen Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag, stellen aber auch neue Konzepte vor. Demnach sollen Asylbewerber in Zukunft nicht länger als drei Monate in Ankerzentren verbringen. Außerdem stellen Streibl und Mehring die Reduzierung von bürokratischen Hemmnissen in Aussicht, um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

6. Februar 2019

Bei einem Besuch in Prag wirbt Tobias Gotthardt, Vorsitzender des Europaausschusses, für eine Vertiefung der bayerisch-tschechischen Partnerschaft. Vor Ort regt er neue länderübergreifende Projekte im Bildungsbereich und die Weiterentwicklung der gemeinsamen Infrastruktur an.

10. März 2019

Beim jährlichen Fischerei-Gespräch im oberpfälzischen Schönficht diskutieren die Abgeordneten Gabi Schmidt, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch und Nikolaus Kraus mit rund vierzig Vertretern der Teichwirtschaft und der Angelfischerei über die Zukunft der Teichwirtschaft. Demnach bedrohen neben Kormoran, Graureiher und Biber zunehmend auch Gänsesäger, Silberreiher und Fischotter die Wirtschaftlichkeit der Teichwirtschaft. Gastgeberin Gabi Schmidt betont, dass sich die Fraktion weiter für den Erhalt der Teichwirtschaft einsetzen will – schließlich leiste sie einen wichtigen Beitrag zum gelebten Umweltschutz.

Mit einem Abonnement immer „Nah dran“ an den Themen der FREIEN WÄHLER

Wollen Sie regelmäßig nah dran an unserer Arbeit sein, damit Sie stets über alle wichtigen Meldungen, Meinungen und Beschlüsse der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Bescheid wissen? Dann entscheiden Sie sich am besten für ein Abonnement unserer Fraktionszeitung „Nah dran“ und erhalten Sie Informationen aus erster Hand.

Senden Sie das ausgefüllte Formular an

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Max-Planck-Straße 1
81675 München

oder schicken Sie uns eine E-Mail an

fraktionszeitung@fw-landtag.de

oder ein Fax an

089 4126-1643.

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum

HERAUSGEBER

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion
Maximilianeum

Max-Planck-Str. 1
81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. I. S. D. P.

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion

Florian Streibl, MdL
Max-Planck-Str. 1
81675 München

REDAKTION

Sabrina Schmidt

BILDNACHWEIS

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: S. 6, 7, 31; Andreas Gebert: S. 8, 9; Lars Wunderlich: S. 10; Rolf Poss: S. 11; Sammlung Hans Friedl: S. 28; Peter Lang: S. 29; Sammlung Tobias Gotthardt: S. 31; Istock.

ARTDIREKTION UND DESIGN

CUBE Werbeagentur GmbH

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte „Nah dran“, die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße, Hausnummer PLZ, Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, zum Beispiel per E-Mail an fraktionszeitung@fw-landtag.de, widerrufen.

Datum, Unterschrift